



Die Ukraine als EU-Beitrittskandidat?

Ein Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren der Ukraine mit den letzten drei
EU-Beitrittsländern

Melinda Fremerey

Köln, 07.06.2022

IW-Report 32/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/IW_Koeln)

Autoren

Melinda Fremerey

Persönliche Referentin des Direktors

fremerey@iwkoeln.de

0221 – 4981-606

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Stand:

Mai 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Institutioneller Rahmen	4
3 Die letzten drei Beitritte zur Europäischen Union	6
4 Die bisherige Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Ukraine.....	6
5 Die Ukraine im Vergleich zu den letzten drei EU-Beitrittsländern.....	8
5.1 Staat und Wirtschaft.....	8
5.2 Arbeitsmarkt und Bildung.....	14
5.3 Transformation und Korruption	17
6 Abschließende Einschätzung zur Erweiterung der EU um die Ukraine	19
7 Abstract.....	21
Tabellenverzeichnis.....	22
Abbildungsverzeichnis.....	22
Literaturverzeichnis	22

Zusammenfassung

Derzeit prüft die EU-Kommission den Antrag der Ukraine auf eine EU-Mitgliedschaft. Ein Schnellverfahren für eine Aufnahme der Ukraine in die EU ist im Gespräch, aber eher unwahrscheinlich. Die letzten EU-Erweiterungen um Bulgarien und Rumänien in 2007 und Kroatien in 2013 wurden zum Teil kritisch beurteilt und endeten in einem nach wie vor anhaltenden Kontrollverfahren für Rumänien und Bulgarien. Unabhängig von den derzeitigen politischen Motiven für eine Aufnahme der Ukraine in die EU soll der Antrag der Ukraine zum Beitritt zur EU als Anlass genommen werden, die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine näher zu betrachten. Daher wird in einem deskriptiven Vergleich anhand ausgewählter Indikatoren die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine mit den Entwicklungen der letzten drei EU-Beitrittsländer gegenübergestellt, um daraus Schlüsse für eine Beitrittsperspektive der Ukraine zu ziehen.

Der Vergleich zeigt, dass die Ukraine wirtschaftliche Schwächen insbesondere bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts aufweist und sich die Lücke zu den letzten drei Beitrittsländern am aktuellen Rand vergrößert. Positiv auffällig ist die Entwicklung des IT-Sektors des Landes sowie der hohe Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der überdurchschnittliche Bildungsstand der 30 bis 34-Jährigen. In den Bereichen Arbeitslosigkeit, Bruttowertschöpfung der Industrie und Außenhandel war die Ukraine Anfang der 2000er im Vergleich zu den letzten drei EU-Beitrittsländern gleich auf oder sogar bessergestellt. Nach der Annexion der Krim und der Ausrufung der „Volksrepubliken“ in der Ostukraine im Jahr 2014 verschlechterten sich jedoch viele Indikatoren ab 2015 maßgeblich. Aufgrund des russischen Angriffskrieges wird die Ukraine in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erneut zurückgeworfen. Eine weitere Ursache für die bisher weniger positive Entwicklung der Ukraine im Vergleich zu den anderen süd- und osteuropäischen Vergleichsländern ist das Problem der Korruption. Im Korruptionsranking liegt die Ukraine aktuell auf Platz 122 von 180 und somit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weit hinten. Für eine erfolgreich Aufnahme in die EU führt somit kein Weg für die Ukraine daran vorbei, großflächig die Korruption zu bekämpfen.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vertreten sehr unterschiedliche Meinungen zu einer EU-Erweiterung und zu einer schnellen Aufnahme der Ukraine in die EU. Die strikten Beitrittskriterien stellen nicht nur die übrigen Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft (wie z.B. Albanien und Montenegro), sondern, wie im Fall von Bulgarien und Rumänien, auch bereits bestehende EU-Staaten vor eine Herausforderung. Eine starke wirtschaftliche und politische Kooperation auf allen Ebenen zwischen der EU und der Ukraine könnte daher aktuell gewinnbringender sein als eine sofortige Aufnahme der Ukraine in die EU.

1 Einleitung

Zurzeit prüft die Europäische Union den Antrag der Ukraine auf Beitritt zur EU, welchen die Ukraine am 28.2.2022 eingereicht hatte. Mit der Bewertung des Beitrittsgesuchs der Ukraine durch die Kommission bis zum Sommer diesen Jahres stellte die EU-Kommissionspräsidentin der Ukraine eine Art „Schnellverfahren“ in Aussicht (Gutschker, 2022). Die letzten EU-Beitritte von Kroatien in 2013 und Rumänien sowie Bulgarien in 2007 waren zum Teil sehr umstritten. Vor allem der politische Reformstand in einigen Bereichen z.B. bei der Korruptionsbekämpfung wurde kurz vor dem Beitritt der beiden Länder zur EU von der Kommission noch kritisch beurteilt und endete in einem anhaltenden Kontrollverfahren für Rumänien und Bulgarien (Europäische Kommission, 2006). In diesem Kontrollverfahren überwacht die EU die weiteren Reformfortschritte der beiden Länder, bis diese in Übereinstimmung mit den EU-Regularien abgeschlossen sind.

Unabhängig von den derzeitigen politischen Motiven für eine Aufnahme der Ukraine in die EU soll der Beitrittsantrag der Ukraine als Anlass genommen werden, die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine näher zu betrachten. Dabei soll und kann keine umfassende Beurteilung für die Aufnahmefähigkeit der Ukraine als potenzielles EU-Beitrittsland erfolgen, sondern ein rein deskriptiver Vergleich wirtschaftlicher Indikatoren der Ukraine mit den letzten drei Beitrittsländern, Rumänien, Bulgarien und Kroatien, im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte als Grundlage dienen. Da die Ukraine Teil der Sowjetunion war, mag ein Vergleich der Ukraine mit den ehemals sozialistischen Staaten des Ostblocks, Bulgarien und Rumänien, sowie mit dem ehemals zu Jugoslawien gehörenden Kroatien unausgewogen erscheinen. Parallelen zwischen den Ländern ergeben sich jedoch, da sie alle nach dem Fall des Eisernen Vorhanges weitreichende wirtschaftliche und politische Transformationsprozesse durchliefen. Außerdem besteht insbesondere eine enge Verbindung zwischen Rumänien und der Ukraine. Die beiden Länder teilen nicht nur eine Landesgrenze miteinander, sondern es leben auch ca. 400.000 rumänisch sprachige Menschen in der Ukraine, was die zweitgrößte ethnische Minderheit (Rumänen und Moldauer zusammen) des Landes darstellt (Friesen, 2015). Daher basiert ein Vergleich der Länder auf unterschiedlichen Ausgangspositionen, er hilft jedoch bei der Evaluation der Frage, wo die Ukraine im Vergleich zu den letzten drei EU-Beitrittsländern im Hinblick auf eine potenzielle EU-Mitgliedschaft steht.

2 Institutioneller Rahmen

Neben der Ukraine haben Moldawien und Georgien in derselben Woche einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Die Liste der Länder, die gegebenenfalls der EU beitreten, ist lang. Vor den Anträgen der Ukraine, Moldawiens und Georgiens wurde vor allem die Erweiterung mit Blick auf den West-Balkan diskutiert und verhandelt. So sind Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sowie die Türkei offizielle Beitrittskandidaten, wobei die EU bisher Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und der Türkei führt. Bosnien Herzegowina und der Kosovo hingegen sind als potenzielle Bewerber für einen EU-Beitritt eingestuft (Europäische Union, 2022).

Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) regelt die Grundvoraussetzungen für einen Antrag zur Mitgliedschaft in der EU. Darin heißt es, dass jeder europäische Staat, der die Werte und Grundsätze, wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und die Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit, achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, die Mitgliedschaft, in der Union beantragen kann. Das Verfahren für die EU-Mitgliedschaft ist jedoch ein umfangreiches, komplexes und mitunter langes Unterfangen. So haben die bisherigen

Beitrittsverhandlungen im Schnitt fünf Jahre lang gedauert. Bei Bulgarien und Rumänien gingen die Verhandlungen von 2000 bis 2007, was die zweitlängste Verhandlungsdauer nach Kroatien von fast 8 Jahren ist (Bevington, 2020). Insgesamt hat es für Rumänien, Bulgarien und Kroatien zehn bis 12 Jahre gedauert, von der Beantragung auf EU-Mitgliedschaft bis zum Beitritt zur EU (Fella, 2022). Die Türkei ist seit über 15 Jahren offizieller EU-Beitrittskandidat und damit unter den aktuellen Beitrittsländern das Land mit den längsten Beitrittsverhandlungen. Die im Jahr 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen sind aufgrund der Entwicklung der Türkei in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte faktisch eingefroren (Europäische Kommission, 2022c).

Der Antrag auf EU-Mitgliedschaft wird beim Rat der Europäischen Union eingereicht, woraufhin die EU-Kommission die Beitrittsfähigkeit in einer vorläufigen Stellungnahme prüft. Der Rat entscheidet dann mit Einstimmigkeit über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und verleiht dem Land, welches der EU beitreten will, den Kandidatenstatus (Auswärtiges Amt, 2021).

Die Bewerberländer müssen zum Beitritt der EU bestimmte Kriterien erfüllen. Diese sogenannten „Kopenhagener Kriterien“ wurden 1993 bei der Beratung über den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU festgelegt und umfassen drei Grund-Bedingungen: alle Länder, die die Voraussetzungen für eine Beitrittsverhandlung erfüllen wollen, müssen erstens institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten erfüllen. Zweitens umfasst das wirtschaftlich zu erfüllende Kriterium eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Das dritte Kriterium verlangt die Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenen Verpflichtung der Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion (Europäischer Rat, 2022). Das meist unbeachtete vierte Kriterium ist die sogenannte Absorptionsfähigkeit der Europäischen Union. Dieses Kriterium rückt die Aufnahmefähigkeit der EU in den Mittelpunkt und soll gewährleisten, dass die „Stoßkraft der europäischen Integration“ erhalten bleibt (Lippert, 2022a).

Die anschließenden Beitrittsverhandlungen umfassen den rechtlichen Besitzstand der EU (Aquis communautaire), welcher in 35 Kapitel aufgeteilt wurde (Auswärtiges Amt, 2021). Die Kapitel können nach einer Revision des Beitrittsprozesses nun in sechs Cluster zusammengefasst, auf einmal eröffnet und nacheinander abgearbeitet und geschlossen werden (Lippert, 2020). Dabei gibt es übergeordnete Themenblöcke, die z.B. die Wettbewerbsfähigkeit und integratives Wachstum sowie den Binnenmarkt behandeln. Diese Themenblöcke enthalten die auszuhandelnden 35 Kapitel wie z.B. freier Warenverkehr, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Wirtschafts- und Währungspolitik oder Unternehmens- und Industriepolitik (Europäische Kommission, 2020b).

Nach Abschluss der Verhandlung muss das Parlament dem Beitritt eines Landes zur EU mit absoluter Mehrheit zustimmen (Europäisches Parlament, 2022c), der Rat dem Beitritt mit Einstimmigkeit stattgeben sowie die Kommission zustimmen. Der Beitrittsvertrag wird erst wirksam, wenn dieser vom Beitrittsland sowie von allen bisherigen Mitgliedstaaten der Union ratifiziert worden ist.

3 Die letzten drei Beitritte zur Europäischen Union

Die letzten drei Erweiterungen der EU umfassen die Beitritte von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 und den Beitritt Kroatiens im Jahr 2013. Bulgarien und Rumänien konnten bei der großen sogenannten Osterweiterung 2004 von 8 Ländern, darunter Ungarn, Polen und die Tschechische Republik, aufgrund ihres langsamen Reformprozesses noch nicht beitreten (Europäisches Parlament, 2022a). Auch bei ihrem EU-Beitritt im Jahr 2007 erfüllten Bulgarien und Rumänien die Anforderungen der EU an das Justiz- und Verwaltungssystem und an die Korruptionsbekämpfung, sowie zusätzlich das Kriterium zur Bekämpfung von Kriminalität in Bulgarien, noch nicht (Europäische Kommission, 2006). Die beiden Länder wurden unter Vorbehalt in die EU aufgenommen, da die Europäische Kommission die EU-Osterweiterung insgesamt nicht gefährden wollte, das Problem der Korruption bei allen vorherigen Beitrittskandidaten bestand und auch die langjährigen südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten zum Teil nicht ausreichend die Maßstäbe im Bereich Korruptionsbekämpfung erfüllten (Geißler, 2013). Daher befinden sich Rumänien und Bulgarien in einem derzeit immer noch anhaltenden Kooperations- und Kontrollverfahren (Europäische Kommission, 2022e). Diese Übergangsmaßnahme dient dazu, bestimmte Mängel, die zum Zeitpunkt des Beitritts in den beiden Ländern festgestellt wurden, zu beheben und die Reformprozesse in den mangelhaften Bereichen zu begleiten (Europäische Kommission, 2019). Insgesamt fallen die Fortschrittsberichte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens für Rumänien schlechter als für Bulgarien aus. Die EU konstatiert Bulgarien in ihrem letzten Fortschrittsbericht von 2019 einen gewissen Reformschritt, jedoch sind drei von sechs Vorgaben in Bezug auf die Justizreform und Korruptionsbekämpfung immer noch nicht erfüllt (Europäische Kommission, 2019). Die EU bemängelt, dass die rumänischen Reformanstrengungen in 2020 insgesamt sehr begrenzt waren. Dies mag unter anderem an der COVID-19 Pandemie liegen (Europäische Kommission, 2021).

Kroatien vollzog in den frühen 2000er Jahren einen großen Aufholprozess und ein möglicher EU-Beitritt wurde als realistisch und positiv bewertet. Jedoch verzögerte sich die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen aufgrund mehrerer Ereignisse, wie dem Konflikt um die kroatische Kooperationsbereitschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, einem Grenzstreit mit Slowenien und aufgrund der Euro-Krise (Kušić, 2013 / LPB, 2021). Auch nach Kroatiens Beitritt zur EU gab es kritische Stimmen, die die Reformbereitschaft des Landes bemängelten (LPB, 2021).

4 Die bisherige Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Ukraine

Einer Umfrage der EU zufolge haben rund die Hälfte der Ukrainer ein positives Bild von der EU im Jahr 2020, während nur 12 Prozent der Befragten die EU negativ beurteilen. Mit diesen Zustimmungsraten liegt die Ukraine im Schnitt der östlichen Partnerschaftsländer, welche neben der Ukraine auch Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und Moldawien umfassen (EU Neighbours East, 2020).

Die bisherigen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine basieren auf dem Assoziierungsabkommen. 2007 wurden die Verhandlungen mit der Ukraine diesbezüglich aufgenommen (Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022c). Als 2013 der damalige ukrainische Präsident, Wiktor Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU nicht unterzeichnen wollte, gab es Massenproteste, vor allem auf dem Kiewer Maidan-Platz. Eine gewaltsame Antwort der Regierung mit zahlreichen Toten des Aufstandes war die Folge. Wiktor Janukowitsch verlor den Rückhalt beim Sicherheitsapparat und in seiner

Regierungspartei und setzte sich ins Ausland ab. Die neue ukrainische Regierung unterzeichnete das Abkommen mit der EU (Fella, 2022, Fedosenko et al., 2018). Erst nach der Ratifizierung aller Mitgliedstaaten trat das Assoziierungsabkommen 2017 vollkommen in Kraft (Fella, 2022). Das Assoziierungsabkommen, ähnlich dem früheren Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit anderen EU-Nachbarländern, ist ein wichtiges Instrument zur Vertiefung der Beziehung der Mitgliedstaaten der EU mit der Ukraine und beinhaltet u.a. eine umfassende Freihandelszone (Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022c), welche ukrainischen Unternehmen bevorzugten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt oder ukrainischen Bürgern mit Biometrischem Pass eine Visa-freie Einreise ermöglicht (Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022b).

Der im Rahmen des Assoziierungsabkommens angefertigte Fortschrittsbericht der EU bewertet die bisherigen ukrainischen Reformfortschritte positiv, vor allem im Bereich der Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung der Korruption (Europäische Kommission, 2020a). Ebenfalls führte ein neues Bankenabwicklungsgesetz vom Mai 2020 dazu, dass die Finanzstabilität der Ukraine gesichert wurde. Die EU äußerte jedoch aufgrund des Rücktritts des Gouverneurs der ukrainischen Nationalbank in 2020 Bedenken im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Zentralbank (Europäische Kommission, 2020a). Die Dezentralisierungsreform der Ukraine hingegen wurde von der EU als äußerst positiv bewertet (Europäische Kommission, 2020a). Bei dieser Reform sollte die ineffiziente Anzahl von über 11.000 ukrainischen Gemeinden reduziert werden. Zwischen 2015 und 2019 gab es einen Zusammenschluss von ehemals 4.000 Gemeinden zu 1.000 neuen größeren selbstverwaltenden Kommunen mit mehr exekutiven und steuerlichen Rechten (Ford, 2020). Über die Inhalte des Assoziierungsabkommens hinaus zielt die Ukraine darauf ab, ihre Politik und Rechtsdurchsetzung mit dem EU Green Deal zu harmonisieren und eine Integration in den EU Digitalmarkt zu erreichen (Aka, Stein, 2021). Seit 2019 steht das Ziel des EU und NATO-Beitritts sogar in der ukrainischen Verfassung (LPB, 2022a), was die Hinwendung des Landes zur EU unterstreicht.

Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine kündigte die EU-Kommission ein finanzielles Hilfspaket bestehend aus Darlehen und Zuschüssen für die Ukraine an. Das Sofort-Hilfspaket (macro-financial assistance package - MFA) umfasst 1,2 Mrd. Euro und zusätzlich 120 Mio. Euro in Form von Zuschüssen, um den Staatsaufbau und die Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken (Europäische Kommission, 2022g). Zusätzlich wurden von der EU 500 Millionen Euro für militärische Hilfe an die Ukraine in Aussicht gestellt. Dies beinhaltet ein Unterstützungspaket von 450 Mio. Euro für militärische Ausrüstung und 50 Mio. Euro für Versorgungsgüter und medizinische Notversorgung (Europäisches Parlament, 2022e). Eine weitere Tranche von 500 Mio. Euro für militärische Ausrüstung stellte der Hohe Vertreter der Union kürzlich in Aussicht (Europäische Kommission, 2022h).

Die EU hat im Rahmen der EU-Nachbarschaft schon vor dem russischen Angriff auf die Ukraine massive finanzielle Hilfen und Mittel für die Stabilisierung und den Reformprozess der Ukraine mobilisiert. Zusammen mit europäischen Finanzinstitutionen belaufen sich die Zuschüsse und Darlehen für die Ukraine seit 2014 bis Anfang 2022 auf 17 Mrd. Euro (Europäische Kommission, 2022d). Dabei erhielt die Ukraine die Zusage zur bisher höchsten Nachbarschafts-Finanzhilfe von 1,2 Mrd. Euro (Aka, Stein, 2021). Die erste Tranche von 600 Mio. Euro wurde dabei ohne die sonst üblichen Reformkonditionen im Dezember 2020 zur Abmilderung der Folgen der Pandemie ausgezahlt (Aka, Stein, 2021). Der größte Anteil der insgesamt 17 Mrd. Euro Finanzhilfen wurde von der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Form von Darlehen gewährleistet. 5,6 Mrd. Euro Darlehen erhielt die Ukraine im Rahmen von fünf Programmen für Makrofinanzhilfen (Europäische Kommission, 2022d).

Nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reichte die Ukraine am 28.2.2022 den Antrag auf eine Mitgliedschaft in der EU ein. Es wurde ein Schnellverfahren für den Eintritt der Ukraine in die EU diskutiert. Zunächst sah es so aus, als ob diesem „Schnellpass“ zur EU-Aufnahme eine Absage erteilt werden würde (Lippert, 2022b). Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen versprach bei ihrem Besuch in der Ukraine am 8. April 2022 jedoch, dass die Kommission die Begutachtung des ukrainischen Antrags noch bis zum Sommer vorlegen würde (Albrecht, 2022). Das EU-Parlament wiederum wählte zuvor bei einer Resolution am 1. März 2022 eine neutralere Formulierung: die EU-Institutionen arbeiteten daran, der Ukraine einen Kandidatenstatus zu ermöglichen und man solle in der Zwischenzeit die weitere Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt innerhalb des Assoziierungsabkommens vorantreiben (Europäisches Parlament, 2022d). Bei den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländern gibt es geteilte Lager bezüglich eines Beitritts der Ukraine. Vor allem die mittel- und osteuropäischen Staaten, Bulgarien, Tschechische Republik, Polen, Slowenien, Slowakei und die baltischen Staaten, sprachen sich für eine sofortige EU-Aufnahme der Ukraine aus (Fella, 2022). Andere Länder, wie Deutschland, die Niederlande und Frankreich, zeigten sich eher skeptisch gegenüber einer sofortigen Erweiterung der EU um die Ukraine (Fella, 2022).

5 Die Ukraine im Vergleich zu den letzten drei EU-Beitrittsländern

Die Ukraine hat nach dem Ende der Sowjetunion durch eine Währungsreform 1996 und Privatisierungen in den Bereichen der Landwirtschaft und der Industrie einen teils fortschrittlichen Transformationsprozess am Ende des 20. Jahrhunderts vollzogen (LPB, 2022b). Der Wille zu Reformen und eine Hinwendung des Landes zur Europäischen Union wurde durch die Orangene Revolution 2004 sichtbar. Seit Wolodymyr Selenskyj im Jahr 2019 Präsident der Ukraine wurde, wird auch das Reformtempo vor allem in den Bereichen der öffentlichen Finanzen, Deregulierung und Privatisierung positiv bewertet (Aka, Stein, 2020). Doch wo steht die Ukraine als möglicher Beitrittskandidat zur Europäischen Union? Unabhängig von einer umfassenden Einschätzung zu der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und unabhängig von den derzeitigen politischen und möglicherweise moralischen Kriterien zu einer Eröffnung der Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft der Ukraine, soll im Folgenden deskriptiv ein Vergleich ausgewählter wirtschaftlicher Kriterien der Ukraine mit den letzten Beitrittskandidaten Kroatien (Beitritt 2013) sowie Bulgarien und Rumänien (Beitritt beide 2007) erfolgen. Bei einem derartigen Vergleich muss allerdings die Lage der Ukraine seit 2014 mit der Annexion der Krim durch Russland und die Ausrufung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk von Separatisten bedacht werden. Daher wird ein Rückblick bis zu Beginn der 2000er Jahre gewählt. Die Analyse umfasst die Jahre bis 2020/21 und spiegelt somit das Bild vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wider. Die Auswirkungen und der Umfang der Schäden des Krieges in der Ukraine auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes werden dabei nur indirekt analysiert, da dies bisher nur durch unsichere Prognosen abschätzbar ist. Die Ukraine wird jedoch in jedem Fall massive Wiederaufbauprogramme und (finanzielle) Hilfsprojekte benötigen, die die Ukraine vermutlich wirtschaftlich noch enger an die EU binden werden.

5.1 Staat und Wirtschaft

Die Ukraine ist flächenmäßig das größte Land auf dem europäischen Kontinent (CIA, 2022). Obwohl die Fläche der Ukraine fast 1,7-mal der von Deutschland entspricht, verzeichnet die Ukraine nur ungefähr die Hälfte der Bevölkerung (siehe Tabelle 5-1). Die Vergleichsländer Bulgarien, Rumänien und Kroatien sind von der Fläche

her viel kleiner als die Ukraine und Deutschland. Bulgarien entspricht nur knapp einem Drittel der Fläche von Deutschland und hat fast 7 Millionen Einwohner. Damit liegt Bulgarien bei der Fläche und Einwohneranzahl zwischen den Größenordnungen von Rumänien und Kroatien. Die Fläche Kroatiens entspricht einem Viertel der Fläche Deutschlands und verzeichnet knapp 10 Prozent der Anzahl der Bevölkerung der Ukraine, während Rumänien jeweils ca. 40 Prozent der Fläche und Einwohner der Ukraine entspricht.

Tabelle 5-1: Übersicht zur Ländergröße und Bevölkerungszahl

	Ukraine	Bulgarien	Rumänien	Kroatien
Ländergröße in km ² (Anteil der Fläche Deutschlands), 2020	579.400 (169 %)	108.560 (31 %)	230080 (67 %)	56.590 (25 %)
Bevölkerung, 2020	44.134.693	6.934.015	19.286.123	4.047.200
Einwohnerdichte (Einwohner je km ²), 2020	76,2	63,9	83,8	71,5

Quelle: Weltbank

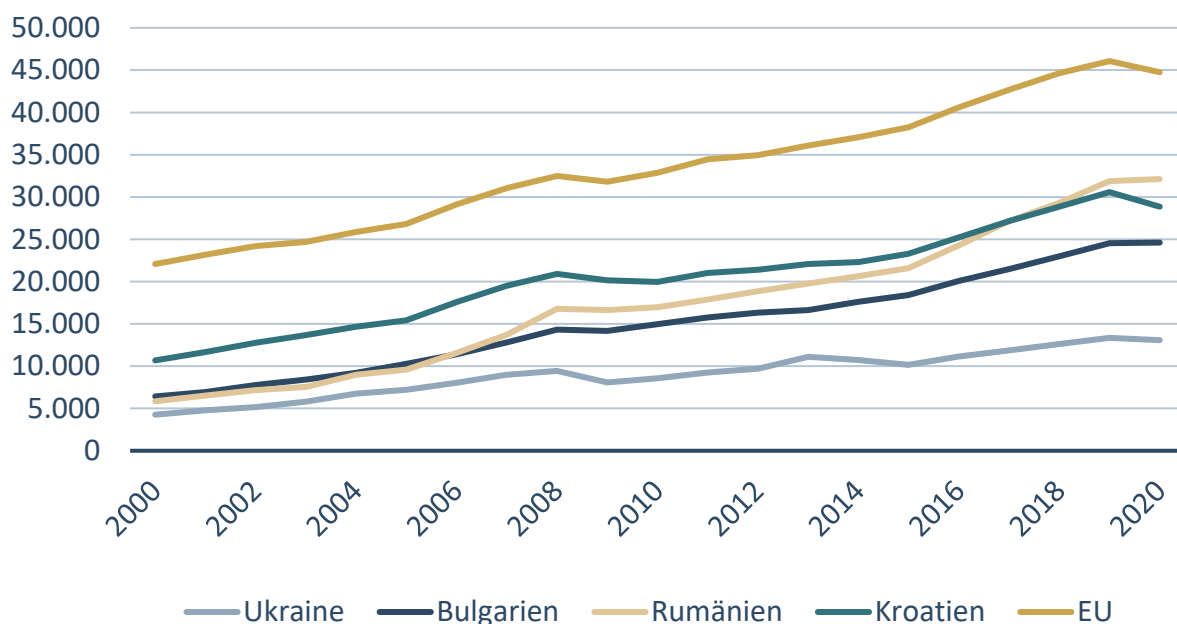
Während im Jahr 2000 die Länder Rumänien, Bulgarien und Ukraine auf einem vergleichsweise ähnlichen Niveau beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lagen, fällt die Ukraine am aktuellen Rand weit hinter die letzten EU-Beitrittsländern zurück (Abbildung 5-1). Zwischen 2000 und 2007 befand sich das Wirtschaftswachstum der Ukraine noch auf einem Pfad verglichen mit dem in Bulgarien und Kroatien (wenn auch auf einem niedrigeren Level im Vergleich zu den anderen Ländern und insgesamt zur EU). So lagen die Wachstumsraten des BIP-pro-Kopf in der Ukraine von 2000 bis 2004 mit bis zu 13 Prozent in 2004 immer über den Wachstumsraten von Bulgarien und Kroatien. Da Metalle und ähnliche Produkte in 2008 ca. 40 Prozent aller ukrainischen Exporte ausmachten, profitierte die ukrainische Wirtschaft in dieser Zeit vor allem von hohen Metallpreisen (Boyarchuk et al., 2011). Trotzdem verzeichnete die Ukraine im Jahr 2006 lediglich ein BIP-Pro-Kopf, das ca. 30 Prozent unterhalb des BIP-Pro-Kopf in Bulgarien und Rumänien lag. Bulgarien und Rumänien haben beide von 2000 zu 2007 im Vergleich zu dem Niveau des Pro-Kopf-Einkommens der EU-15 Staaten aufgeholt (Busch, 2021). Vor allem Rumänien zeigt ein gesteigertes BIP pro Kopf und überholte 2019 auch Kroatien. Trotzdem liegt das BIP-pro-Kopf in den jüngsten EU-Mitgliedsstaaten unterhalb des EU-Schnitts. Die Lücke bei der Wirtschaftsleistung zwischen der EU und der Ukraine wird am aktuellen Rand immer größer. Das ukrainische BIP-Pro-Kopf erlitt Einbrüche vor allem im Krisenjahr 2009 sowie in 2014/15 mit negativen Wachstumsraten von bis zu 15 Prozent (Weltbank, 2022b). Die Ukraine wies im Jahr 2000 ein BIP auf, das ca. 20 Prozent des EU weiten Pro-Kopf BIP ausmachte, während 20 Jahre später das ukrainische BIP dem EU-pro-Kopf-BIP zu 30 Prozent entspricht.

Aufgrund der Krim-Annexion und der Ausrufung der „Volksrepubliken“ im Osten der Ukraine durch Separatisten im Jahr 2014 kam es zu Zerstörungen großer Teile der Industrie und Infrastruktur. Außerdem ordnete Russland „Verstaatlichungen“ von privatem und öffentlichem Eigentum in den besetzten Regionen an, was vor allem den ukrainischen Staat traf, der ca. 1,4 Millionen Hektar Agrarland auf der Krim im geschätzten Wert von 1,8 Milliarden Dollar besaß (Aslund, 2018). Zudem wurden Liefer- und Versorgungsketten im Land unterbrochen. Obwohl der Handel mit den Separatistengebieten von der Ukraine zunächst gebilligt wurde, brach Kiew die wirtschaftlichen Beziehungen 2017 ab (Fischer, 2019). 115 der 150 Kohlegruben der Ukraine liegen in den besetzten Gebieten (Aslund, 2018). Durch diese Kohlevorkommen in der Donbass-Region (in den Verwaltungsgebieten Donezk und Luhansk) war diese Region für ca. 10 Prozent des ukrainischen BIP

verantwortlich. Die Krim trug aufgrund des dort ansässigen Bankensektor und den Energievorkommen in der Region fast 4 Prozent zum BIP des Landes bei (Alsund, 2018). 2014 verzeichnete die Ukraine einen Wirtschaftsrückgang von zehn Prozent. Ungefähr die Hälfte dieses Rückgangs wurde den Kriegereignissen im Donbass zugeschrieben (German Advisory Group, 2014). Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wird die Ukraine in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erneut zurückgeworfen. Aktuelle Prognosen gehen von einem Rückgang des ukrainischen BIP von 35 Prozent bis 45 Prozent im Jahr 2022 aus (IMF, 2022b / Weltbank, 2022a).

Abbildung 5-1: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts pro Kopf

BIP je Einwohner in Kaufkraftparitätendollar

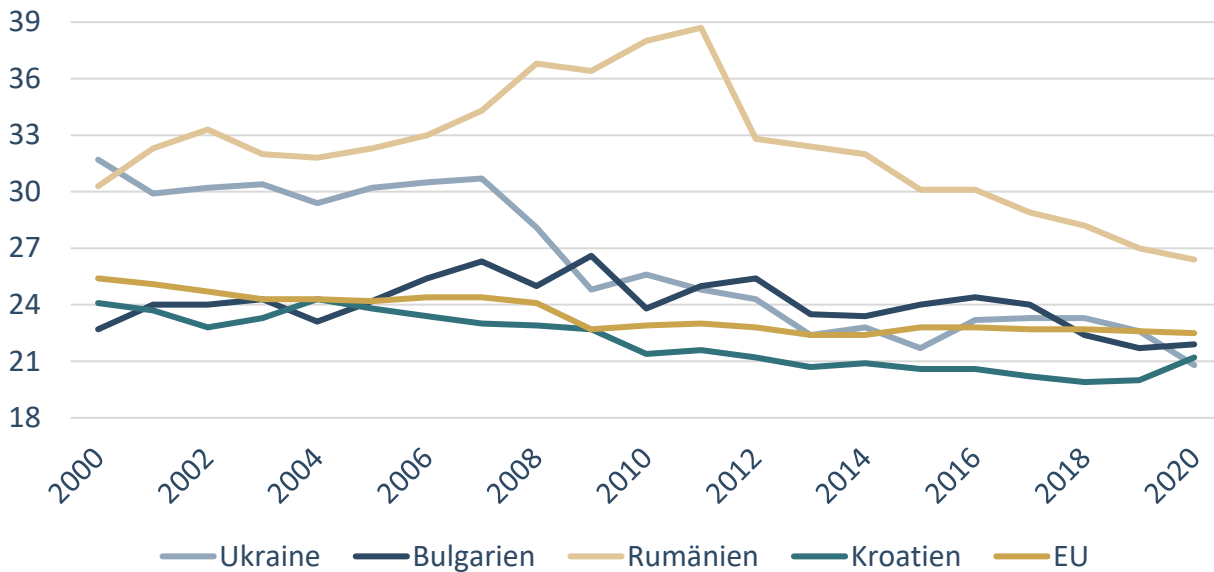


Quelle: Weltbank

Die Industrie (inklusive Bergbau) liefert in der Ukraine aktuell den größten Beitrag zur BIP-Entstehung mit über 20 Prozent und liegt damit vergleichsweise gleichauf mit Kroatien und Bulgarien mit jeweils ca. 21 Prozent des BIP (Abbildung 5-2). Der Anteil der Bruttowertschöpfung der Industrie am BIP war in der Ukraine zu Beginn der 2000er noch deutlich höher und lag z.B. im Jahr 2000 mit 32 Prozent über dem Durchschnitt der anderen betrachteten späteren EU-Mitgliedsländer und auch über dem Durchschnitt der Europäischen Union von 25 Prozent im Jahr 2000. Während jedoch der Anteil der Bruttowertschöpfung der Industrie am BIP in der EU sowie in den Ländern Kroatien und Bulgarien relativ konstant blieb und sich in Rumänien zwischenzeitlich auf fast 40 Prozent erhöhte, reduzierte sich der Anteil der Bruttowertschöpfung der Industrie in der Ukraine und liegt mittlerweile zusammen mit dem Anteil in Bulgarien und Kroatien unterhalb des EU-Durchschnittes. Der Rückgang in den Jahren 2008/09 kann auf die damalige Wirtschaftskrise zurückgeführt werden, von der sich die Industrie in der Ukraine, auch aufgrund der Krim-Annexion und dem kriegerischen Konflikt mit Russland ab 2014, nicht mehr erholt hat, da vor allem die Regionen Donezk und Lugansk für die Industrie und Steinkohleförderung wirtschaftlich eine wichtige Rolle für das Land spielen (LPB, 2022b).

Abbildung 5-2: Entwicklung des Industriesektors

Anteil der Bruttowertschöpfung des Industriesektors (inklusive Bausektor) am BIP



Quelle: Weltbank

Die Qualität der Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung der beobachteten Länder ist durchaus unterschiedlich. Die Ukraine belegt im Jahr 2020 den 64. Rang des „Ease of doing business“ Indikators der Weltbank – einem Indikator, der auf Basis mehrerer Faktoren die Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung eines Landes abbildet. Damit liegt die Ukraine hinter Bulgarien (Platz 61), Rumänien (Platz 55) und Kroatien (Platz 51). Zum Vergleich: Deutschland liegt im selben Jahr, 2020, auf Platz 22. Deutschland und die letzten drei EU-Beitrittsländer weisen somit günstigere Bedingungen für Unternehmen auf als die Ukraine. Dies spiegelt sich auch an den ausländischen Direktinvestitionen, welche in die ausgewählten Länder fließen, wider. Während die Ukraine 2019 mit 5,8 Mrd. Dollar unter den vier begutachteten Ländern Platz zwei belegte, sanken die Direktinvestition in allen ausgewählten Ländern im Jahr 2020 und die Ukraine ist derzeit das Schlusslicht unter den vier Vergleichsländern mit ca. 300 Mio. Dollar Zufluss an Direktinvestitionen (Weltbank, 2022b).

Trotzdem scheint die ukrainische Wirtschaft vor allem für den IT-Sektor vielversprechend zu sein. Über 4.000 Tech-Unternehmen beschäftigen rund 200.000 ukrainische IT-Experten (Official Website of Ukraine, 2021). Dabei stammen IT-Startup Unternehmen wie GitLab und Grammarly aus der Ukraine und gelten mittlerweile als Unicorns, also Startup Unternehmen mit einer Marktbewertung von über einer Milliarde US-Dollar (Official Website of Ukraine, 2021). Die Ukraine ist insbesondere das Ziel bei Outsourcing von IT-Dienstleistungen von Firmen wie z.B. Amazon, SAP und Vodafone (Official Website of Ukraine, 2021). So wuchsen die IT-Dienstleistungsexporte 2020 erstmals auf über 5 Mrd. US-Dollar und verzeichneten einen Anstieg um mehr als das Siebenfache von 2010 auf 2020 (Weltbank, 2022b).

Neben der Industrie tragen die Handel-, Gaststätten- und Hotel-Branche (16,3 Prozent), der Transport-Logistik-Kommunikationssektor (13,1 Prozent) und die Forst-, Land- und Fischereiwirtschaft (10 Prozent) im großen Maße zum BIP bei (GTAI, 2021). Die Ukraine ist einer der wichtigsten Produzenten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkerne, in der Welt (UN, 2022). Der Anteil der

Bruttowertschöpfung des Agrarsektors der Ukraine lag Anfang des Jahrhunderts noch bei 14 Prozent. Er sank jedoch 2007 auf einen Tiefpunkt mit ca. 6 Prozent und erholte sich danach mit einem neuen Höhepunkt im Jahr 2015 von 12 Prozent (Weltbank, 2022b). In den letzten drei EU-Beitrittsländern lag der Anteil des Agrarsektors am BIP über dem EU-Schnitt von lediglich 1,3 Prozent, jedoch verzeichneten alle drei Länder einen viel geringeren Anteil (zwischen 3 Prozent und 4 Prozent) als die Ukraine (Weltbank, 2022b). Bei einer Aufnahme der Ukraine in die EU wäre die Ukraine somit das Land mit dem höchsten Anteil des Agrarsektors am BIP (Europäisches Parlament, 2022b) und würde daher die Verteilung der Gelder der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU vermutlich stark verändern. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU ist einer der größten Posten im EU-Haushalt und machte mit 58 Mrd. Euro im Jahr 2020 fast 40 Prozent des EU-Haushaltes aus (Europäische Kommission, 2022a). Derzeit erhält Frankreich die meisten Agrarsubventionen mit einem Anteil von 17 Prozent, gefolgt von Spanien (12 Prozent) und Deutschland (11 Prozent).

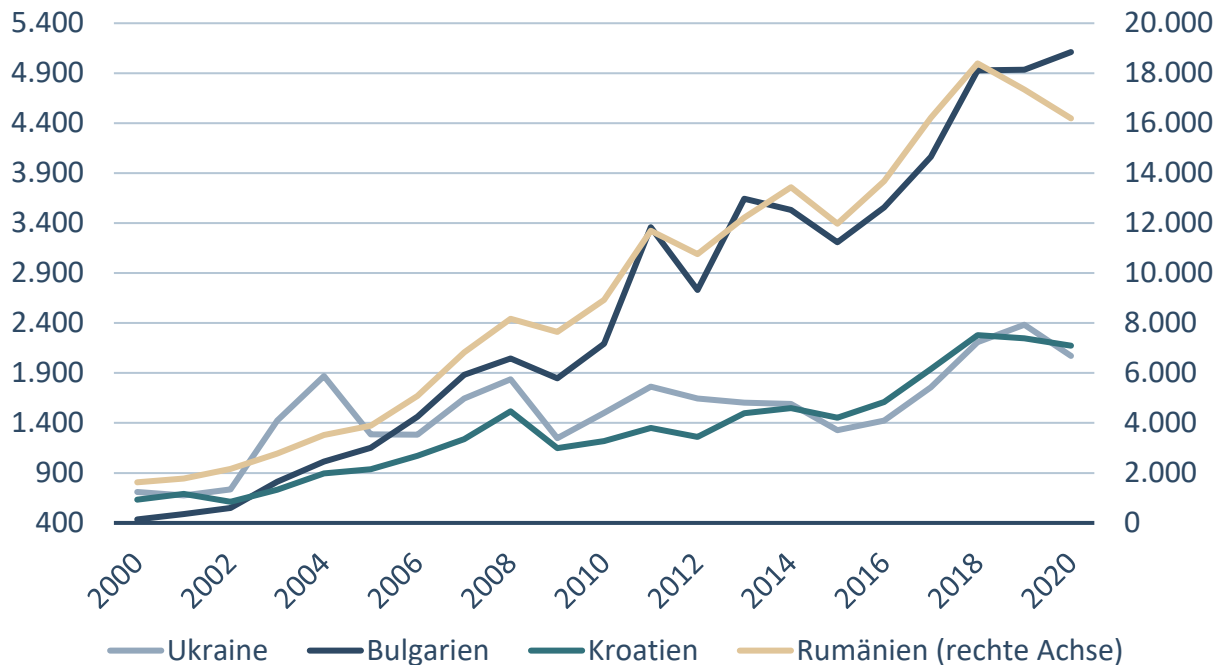
Beim Handel setzt die Ukraine verstärkt auf die europäischen Mitgliedstaaten. So ist Deutschland mit 9 Prozent aller Waren-Importe im Jahr 2021 hinter China (15 Prozent) der zweitwichtigste Handelspartner für die Ukraine (State Statistics Service of Ukraine, 2022b). Die Ukraine importiert vor allem Mineralerzeugnisse, bei denen der Import von 2020 auf 2021 noch einmal um 4,2 Prozentpunkte auf über 20 Prozent aller Importe stieg (State Statistics Service of Ukraine, 2022b). Während im Jahr 2014 russische Erdgas-Importe noch fast 70 Prozent aller Gas-Importe der Ukraine ausmachten, importiert die Ukraine seit 2015 kein Gas mehr aus Russland, sondern bezieht es über andere EU-Länder (Benz, 2017). Ein Großteil des Gases wird dabei durch die Trans-Balkan Pipeline aus Rumänien importiert (GTSOUA, 2021). Trotz der bereits bestehenden politischen Spannungen lag Russland im Jahr 2021 noch mit 8 Prozent aller ukrainischen Importe vor allem aufgrund von Importen mineralischer Brennstoffe, Öle und Destillationsprodukten auf Platz drei der ukrainischen Handelspartner (State Statistics Service of Ukraine, 2022b).

Ukrainische Exporte gehen vor allem nach China (12 Prozent), Polen (8 Prozent) und in die Türkei (6 Prozent). Exporte nach Deutschland machen hingegen insgesamt nur ca. 4 Prozent der ukrainischen Gesamtexporte in 2021 aus (GTAI, 2021/ State Statistics Service of Ukraine, 2022b). Während in 2008 Metalle noch Platz eins der ukrainischen Exportgüter belegten (mit knapp 40 Prozent aller Exporte) (WITS, 2018), lagen 2021 landwirtschaftliche Erzeugnisse mit 40 Prozent auf Platz eins der ukrainischen Exportgüter. Grundmetalle waren für ca. 24 Prozent und Mineralerzeugnisse für 13 Prozent aller Ausfuhrgüter im Jahr 2021 verantwortlich (State Statistics Service of Ukraine, 2022b).

Abbildung 5-3 stellt den Verlauf der Exporte nach Deutschland in Mio. US-Dollar dar, um eine Einschätzung der Handelsbeziehung zwischen der Ukraine und einem der wirtschaftsstärksten EU-Länder zu erhalten. Der Wert der Ausfuhren aus der Ukraine nach Deutschland war Anfang der 2000er Jahre vergleichbar mit dem von Kroatien. Alle Länder verzeichneten in den letzten zwei Dekaden einen großen Anstieg der Exporte nach Deutschland. Die Ukraine liegt im Jahr 2022 auf Platz 44 der deutschen Importländer. Deutschland importiert aktuell vor allem Rohstoffe (ohne Brennstoffe) und Elektrotechnik mit jeweils knapp 23 Prozent und Nahrungsmittel mit 9 Prozent aller Importe aus der Ukraine (GTAI, 2021). Insgesamt haben sich die Exporte nach Deutschland in den letzten 20 Jahren vervierfacht und sind nach wie vor vergleichbar mit den Exporten von Kroatien. Beide Länder hinken jedoch im Vergleich zu den Exporten von Bulgarien und vor allem von Rumänien nach Deutschland hinterher.

Abbildung 5-3: Entwicklung der Exporte nach Deutschland

Exporte nach Deutschland in Mio. USD

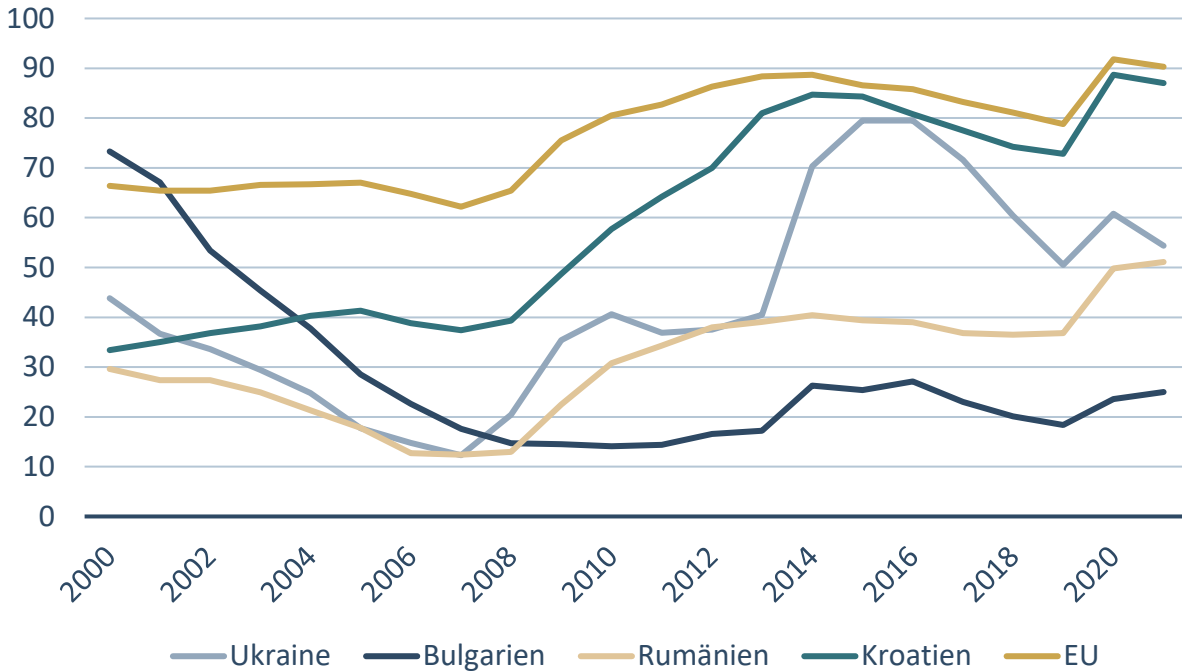


Quelle: UN Comtrade

Die Staatsverschuldung der vier Vergleichsländer ist sehr heterogen. Während in Bulgarien die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 20 Jahren massiv gesunken ist, verzeichneten die übrigen Vergleichsländer einen Anstieg der Staatsverschuldung im letzten Jahrzehnt (Abbildung 5-4). Zwischen 2005 und 2007 konnten die Ukraine und Rumänien eine Staatsverschuldung von unter 20 Prozent aufweisen. Zwischen 2004 und 2005 erhielt die ukrainische Regierung vor allem große Finanzmittel aus Privatisierungen. Außerdem zeigt der Staatshaushalt in diesem Zeitraum eine begrenzte Kreditaufnahme und die Wirtschaft wuchs stetig mit Wachstumsraten, was die Staatsverschuldung schrumpfen ließ (Boyarchuk et al., 2011). Mit den Ereignissen der Wirtschaftskrise 2008/09 und der Annexion der Krim sowie der Ausrufung der „Volksrepubliken“ im Osten des Landes in 2014 stieg die ukrainische Staatsverschuldung ab 2007 und ab 2013 jeweils an. Im Jahr 2021 verzeichnet die Ukraine eine Staatsverschuldung von über 50 Prozent des BIP. Damit läge die ukrainische Staatsverschuldung jedoch noch im Rahmen der EU-Konvergenzkriterien, der sogenannten Maastricht-Kriterien, welche für die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion eingehalten werden müssen und welche eine maximale öffentliche Verschuldung von 60 Prozent des BIP vorschreiben. Die ukrainische Staatsverschuldung im Jahr 2021 wird noch von der Staatsverschuldung in Kroatien und dem EU-Schnitt von fast 90 Prozent des BIP übertroffen und liegt damit auch deutlich unterhalb der Staatsverschuldung von Ländern wie Italien, welches eine Staatsverschuldung von 150 Prozent des BIP aufweist (IMF, 2022a). Wie sich die Verschuldung des ukrainischen Staates infolge des Krieges verändert, ist jedoch eine offene Frage.

Abbildung 5-4: Entwicklung der Staatsverschuldung

Bruttostaatsverschuldung in Prozent des BIP



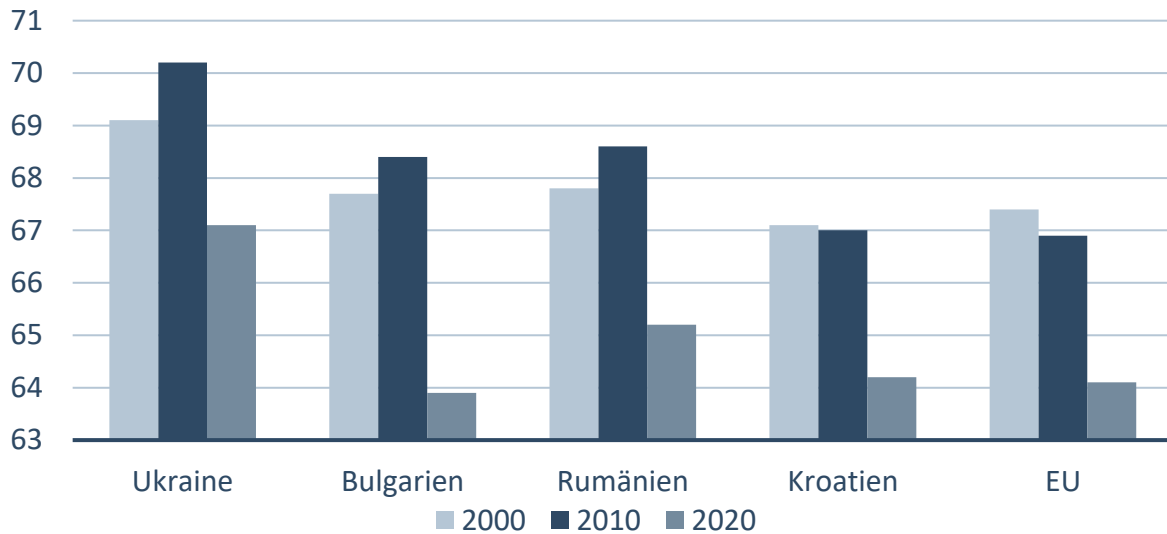
Quelle: IMF

5.2 Arbeitsmarkt und Bildung

Die Bevölkerung der Ukraine zeichnet sich durch ein hohes Erwerbspersonenpotential aus. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) an der Gesamtbevölkerung ist in der Ukraine über die letzten 20 Jahre hinweg über alle Vergleichsländer am höchsten (Abbildung 5-5). So betrug der Anteil im Jahr 2010 knapp über 70 Prozent. Obwohl der demographische Wandel in allen vier Vergleichsländern sowie der EU sichtbar ist, liegt der Anteil der 15-64-Jährigen aktuell mit 67 Prozent in der Ukraine über dem europäischen Schnitt von 64 Prozent. Dementsprechend gering ist der Anteil der älteren Bevölkerung über 65 Jahren in der Ukraine mit knapp 17 Prozent. In den letzten drei Beitrittsländern der EU sind es 19 bis 21 Prozent.

Abbildung 5-5: Erwerbspersonenpotential

Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahren) an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Weltbank

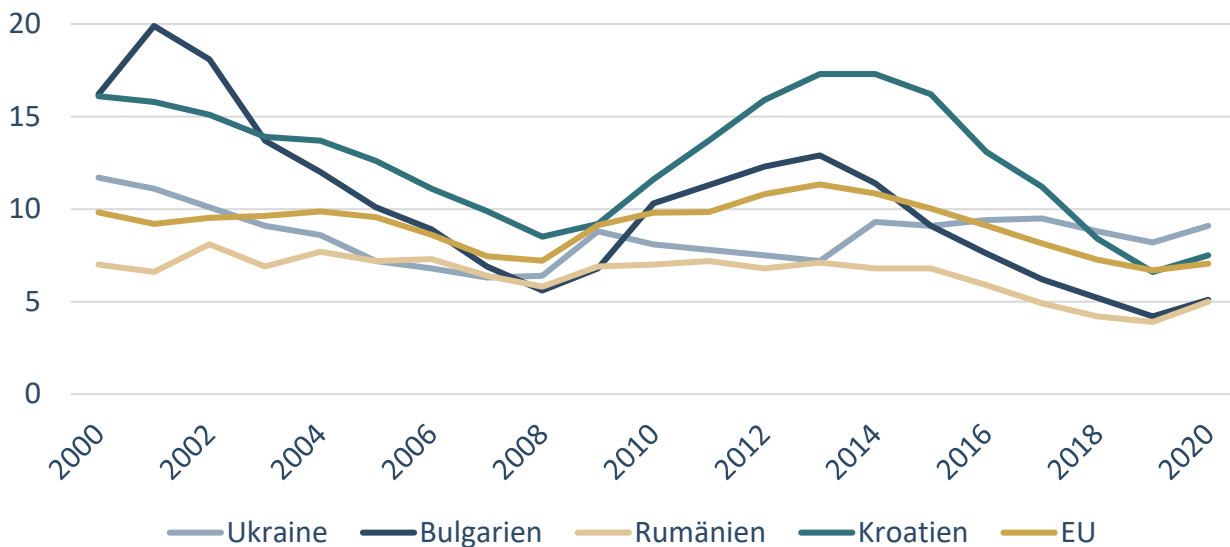
Obwohl die Ukraine als Niedriglohnland in Europa mit einem Mindestlohn von umgerechnet unter zwei Euro pro Stunde gilt (Hans-Böckler-Institut, 2022), sind die Lohnentwicklungen in den letzten Jahren enorm. Die ukrainische Regierung erhöhte immer wieder den Mindestlohn (Betliy, 2016 / Ministry of Economy of Ukraine, 2022) und plante vor Kriegsausbruch, den Mindestlohn von 2021 bis 2024 sukzessiv weiter um insgesamt mehr als ein Viertel zu erhöhen (Ministry of Finance Ukraine, 2022). Der durchschnittliche Monatslohn in der Ukraine ist von 2000 auf 2010 um fast das Zehnfache gestiegen. Nach der Krim Annexion hat sich der Monatslohn in der Ukraine (ohne die Region Krim und Sevastopol gemessen) von 2015 bis 2018 noch weiter verdoppelt (State Statistics Service of Ukraine, 2022a). Die Reallöhne verzeichneten in den letzten zehn Jahren (mit Ausnahme von 2014 und 2015) ebenso einen stetigen Anstieg (State Statistics Service of Ukraine, 2022b). Rumänien, Bulgarien und Kroatien haben ebenfalls einen staatlichen Mindestlohn. Dieser liegt mit mindestens zwei Euro pro Stunde im Jahr 2022 über dem Niveau von der Ukraine, wobei der Mindestlohn pro Stunde in Bulgarien mit zwei Euro nur 40 Cent über dem der Ukraine liegt (Hans-Böckler-Institut, 2022). Die Löhne in verschiedenen Branchen in der Ukraine liegen aber im Durchschnitt über dem vorgegebenen Mindestlohn. Während z.B. im Finanz- und Versicherungswesen der durchschnittliche Monatslohn in der Ukraine fast sechsmal so hoch ist wie der Mindestlohn, sind es am anderen Ende der Verteilung im Durchschnitt in der Hotel- und Gastronomiebranche immerhin das 2,5 fache des Mindestlohns im Jahr 2021 (State Statistics Service of Ukraine, 2022b).

Die Arbeitslosenrate der Ukraine ist im Jahr 2020 mit 9 Prozent höher als in den letzten drei EU-Beitrittsländern. Dies war jedoch nicht immer so, wie Abbildung 5-6 zeigt. In dem Zeitraum von 2005 bis 2007 war die Arbeitslosenrate gleich hoch oder lag sogar unterhalb der von Bulgarien Rumänien und Kroatien. Also genau in dem Zeitraum, in denen die beiden erst genannten Länder der EU beitraten. Obwohl die Ukraine einen Anstieg der Arbeitslosenrate infolge der Wirtschaftskrise 2008/09 um drei Prozentpunkte auf neun Prozent zu verkräften hatte, ist dieser Anstieg gering verglichen mit dem Anstieg in Bulgarien und Kroatien. Die aktuell hohe ukrainische Arbeitslosenrate von über neun Prozent ist mit dem Level von Bulgarien im Jahr vor dem EU-Beitritt dieses Landes vergleichbar und liegt zwei Prozentpunkte über dem EU-weiten Schnitt von 7

Prozent in 2020 (Weltbank, 2022b). Die Jugendarbeitslosigkeit war in der Ukraine bis 2015 mit einem Tiefstand von 5,6 Prozent im Jahr 2008 die niedrigste unter den vier Vergleichsländern. Nach 2008 und dann noch einmal nach 2015 stieg die Jugendarbeitslosigkeit allerdings an, jedoch in weitaus geringerem Umfang als in Kroatien, wo die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit in 2020 mit 21 Prozent die der Ukraine immer noch um drei Prozentpunkte übersteigt.

Abbildung 5-6: Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung



Quelle: Weltbank

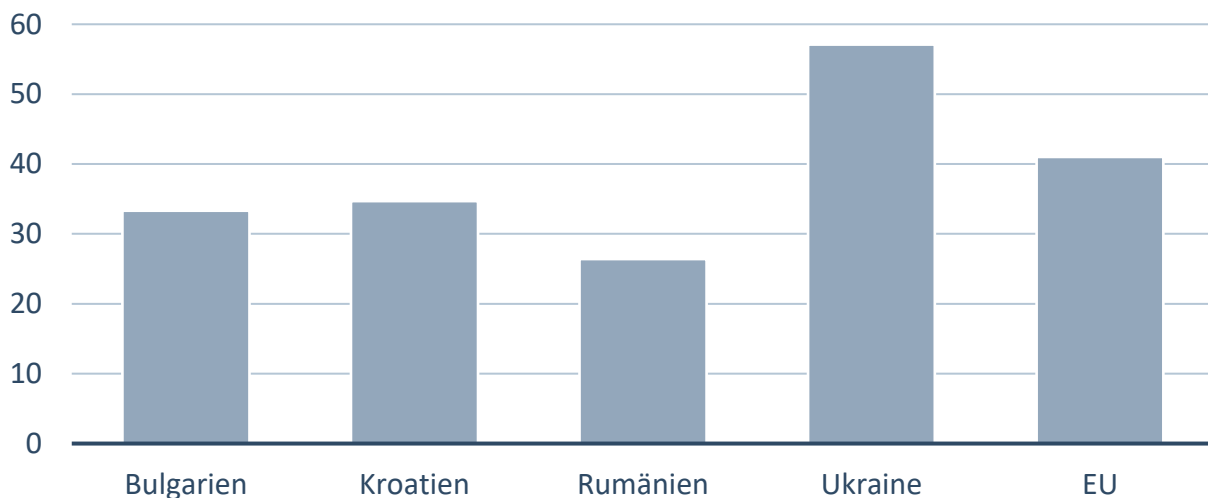
Bemerkenswert hoch ist der Anteil der Bevölkerung im Alter von 30 bis 34 Jahren mit einer abgeschlossenen Hochschulausbildung an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe in der Ukraine (Abbildung 5-7). 57 Prozent der 30 bis 34-Jährigen haben in der Ukraine eine Hochschulausbildung. Dies ist mit Abstand der höchste Anteil in den vier Vergleichsländern. Während der Anteil der Bevölkerung mit Hochschulausbildung unter den 30 bis 34-Jährigen in den letzten drei EU-Beitrittsländern unterhalb des Schnittes der Europäischen Union mit 41 Prozent liegt, übertrifft der Durchschnitt in der Ukraine den Europäischen Union Anteil mit über 15 Prozentpunkten. Dabei ist der Anteil der Hochschulabsolventinnen deutlich höher als der der männlichen Absolventen in der Ukraine. Generell ist ein Studium in der Ukraine kostenpflichtig, es gibt jedoch gebührenfreie Plätze für ein Bachelor-Studium für ca. 51 Prozent der Absolventen eines Jahrganges. Es studieren ca. 80 Prozent der Studienberechtigten eines Jahrganges in der Ukraine, was unter anderem an mangelnden Alternativen liegen könnte (DAAD, 2017). Die ukrainische Regierung arbeitet daran, ein duales berufliches Ausbildungssystem aufzubauen. Seit 2015 wird eine duale Ausbildungsform nach deutschem Vorbild in das Berufsbildungssystem integriert, wobei im Jahr 2019 nur ca. vier Prozent der Auszubildenden eine duale Ausbildung abschloss (BQ-Portal, 2021). Ein weiterer Erklärungsfaktor für den hohen Anteil an sehr gut ausgebildeten ukrainischen 30 bis 34-Jährigen könnte die Tatsache sein, dass auch für einfache Tätigkeiten ein Hochschulabschluss vorausgesetzt wird und dass die Hochschulfinanzierung von der Anzahl der Studierenden abhängt (DAAD, 2017).

Der Anteil der jungen Bevölkerung mit einer tertiären Ausbildung ist zwar hoch, ein höheres Kompetenzniveau muss allerdings nicht zu Grunde liegen. Darauf weisen die PISA Studienergebnisse der Ukraine hin. Die Ukraine liegt im Gesamt-Ranking unterhalb des OECD-Schnitts (OECD, 2018). Die 15-jährigen Ukrainer und Ukrainerinnen schnitten bei PISA im Jahr 2018 jedoch im Fach Mathe im Vergleich zu Rumänien und Bulgarien besser und nur leicht schlechter im Vergleich zu Kroatien ab (OECD, 2022).

Insgesamt gehört die Ukraine zu den antragsstärksten Ausbildungsstaaten im Jahr 2020 in Deutschland. Mit knapp drei Prozent aller Anerkennungsbescheiden liegt die Ukraine auf Platz sieben hinter Rumänien, wobei der Anteil der Bescheide, die positiv bewertet werden, unterhalb des Anteils von Anerkennungsersuchen aus Rumänien, Bulgarien oder Kroatien liegt (BQ-Portal, 2020). Bei Anerkennungsbescheiden zur dualen Ausbildung (ohne Gesundheitsberufe) lag die Ukraine sogar auf Platz fünf vor Kroatien und Rumänien. Vor Kriegsausbruch lebten in 2022 in Deutschland über 140.000 Menschen mit ukrainischem Migrationshintergrund, welche sich zwar langsamer als andere Migrantengruppen in den Arbeitsmarkt integrieren, jedoch liegt die durchschnittliche ukrainische Erwerbstätigkeitsquote in Deutschland nach 15 Jahren über der der Gesamt-migrationsbevölkerung (Brücker et al., 2022 / Brücker, 2022). Dies gepaart mit dem hohen Ausbildungsniveau lässt vermuten, dass Ukrainerinnen und Ukrainer sich langfristig gut in den europäischen Arbeitsmarkt integrieren würden.

Abbildung 5-7: Bildungsstand

Anteil der Bevölkerung im Alter von 30-34 Jahren mit abgeschlossener Hochschulausbildung oder gleichwertiger Ausbildung an allen 30-34-Jährigen



Quelle: Eurostat, 2022

5.3 Transformation und Korruption

Die Ukraine hat, wie viele ehemalige Ostblockstaaten, eine enorme wirtschaftliche Transformation von einer zentralen Planung der arbeitsteiligen Gesamtprozesse hin zu einer Marktwirtschaft erfahren. Der Indikator zur wirtschaftlichen Transformation der Bertelsmann-Stiftung gibt einen Überblick über den Fortschritt der wirtschaftlichen Transformation (je höher der Wert und je geringer der Rang, desto weiter ist die Transformation fortgeschritten). Dabei untersucht der Bertelsmann-Index zur wirtschaftlichen Transformation sieben Kriterien, welche nicht nur die wirtschaftliche Leistung und Wettbewerbsordnung eines Landes, sondern auch Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich beinhalten (Bertelsmann Transformationsindex, 2022). Der Index

umfasst dabei keine westeuropäischen und nordamerikanischen Länder sowie Australien, Neuseeland und Japan. Die Ukraine hat sich von 2012 zu 2022 mit einem Indexwert von 6,71 (von 10) um 33 Plätze verbessert und liegt im Jahr 2022 zusammen mit Sierra Leone auf dem 26. Rangplatz des wirtschaftlichen Transformationsindikators (siehe Tabelle 5-2). Dabei weist die Ukraine vor allem in den Bereichen Liberalisierung des Außenhandels, Geldwertstabilität und Privatwirtschaft einen relativ hohen Index-Wert auf. Im Bereich der Transformation von Staatsunternehmen hinkt die Ukraine jedoch noch hinterher: Die Ukraine hat weltweit nach China die meisten staatlichen Unternehmen - noch vor Ungarn, Indien und Brasilien (OECD, 2021). Die drei letzten EU-Beitrittsländer können viel größere Transformationserfolge als die Ukraine vorweisen. Bulgarien und Rumänien liegen beide dicht beieinander im wirtschaftlichen Transformationsindex. Die Länder belegen den 18. und 19. Rang im Bertelsmann Transformationsranking von 2022 und zeigen beide im Vergleich von 2012 und 2022 keine große Veränderung im Index. Kroatien punktet im Jahr 2022 vor allem im Bereich der Markt- und Wettbewerbsordnung bei dem Index und liegt mit einem Rangplatz von 13 vor den übrigen Ländern. Weit entfernt im Ranking von den hier untersuchten Ländern liegen Taiwan, die Tschechische Republik und Estland auf den Plätzen eins bis drei beim Transformationsindex der Wirtschaft.

Tabelle 5-2: Übersicht zur Transformation und Korruption

	Ukraine	Bulgarien	Rumänien	Kroatien
Wirtschaftlicher Transformations-Index Rang in 2012 und 2022	2012: Rang 60 2022: Rang 27	2012: Rang 17 2022: Rang 18	2012: Rang 19 2022: Rang 19	2012: Rang 14 2022: Rang 13
Korruption CPI-Rang in 2012 und 2021	2012: Rang 144 2021: Rang 122	2012: Rang 75 2021: Rang 78	2012: Rang 66 2021: Rang 66	2012: Rang 62 2021: Rang 63

Quelle: Korruptions-Index: Transparency International; Transformations-Index: Bertelsmann-Stiftung

Bulgarien und Rumänien hatten bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union jeweils noch Defizite in den Bereichen der Unabhängigkeit der Justiz und Bekämpfung von Korruption, daher wurde ein Kooperations- und Kontrollverfahren für Bulgarien und Rumänien eingerichtet, sodass die EU weiterhin in der Lage ist, die Reformanstrengung der Länder in diesen Bereichen zu monitoren und evaluieren (Europäische Kommission, 2022e) (siehe Kapitel 3). Daher ist es nicht verwunderlich, dass Bulgarien und Rumänien relativ weit hinten im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International 2021 liegen. Die beiden Länder landen auf Platz 78 und 66, hinter Kroatien (Rang 63). Zum Vergleich: Deutschland liegt auf Platz 10 hinter Nordeuropäischen Ländern wie Dänemark (Platz eins), Finnland (Platz eins) und Norwegen (Platz vier). Die Ukraine liegt im Vergleich zu diesen europäischen Ländern weit hinten auf Platz 122, was die Defizite des Landes im Bereich Korruptionsbekämpfung deutlich macht. Im Jahr 2012 allerdings lag die Ukraine noch auf Rang 144 und zeigt damit eine Verbesserung im Korruptionsindex. Auch beim Anteil der Schattenwirtschaft am BIP zeigen die ukrainischen Zahlen eine leichte Verbesserung: Während sich in 2014 die Schattenwirtschaft auf ca. 38 bis 43 Prozent des BIP belief, reduzierten sich die Schwarzmarkt-Aktivitäten im Jahr 2019 auf ca. 28 bis 29 Prozent des BIP und auch die Zahl der informell Beschäftigten reduzierte sich um 18 Prozent (Länderanalysen, 2021). Wie der Europäische Rechnungshof feststellt, leidet die Ukraine insbesondere unter Großkorruption, also Machtmissbrauch auf hoher Ebene (Europäischer Rechnungshof, 2021). Auch der Assoziierungsrat mahnte die Ukraine zur stärkeren Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von Korruption (Aka, Stein, 2021). Positiv beurteilt wird, dass das hohe Gericht für Antikorruption im Jahr 2019 die Arbeit aufnahm. Weiterhin müssen aber die Unabhängigkeit der Arbeitsfähigkeit der Anti-Korruptionsstellen gestärkt werden (Aka, Stein 2021). Die Nähe von Oligarchen zur Regierung ist ein besonderes Problem. Im Jahr 2013 machte

das Vermögen der 50 reichsten Personen in der Ukraine über 45 Prozent des BIP aus, fast fünfmal so viel wie in den Vereinigten Staaten (Wilson, 2016). Die Korruption gilt neben dem mangelnden Vertrauen in die Justiz, der Marktmonopolisierung und der Vereinnahmung des Staates durch Oligarchen zu einem der wesentlichen Hindernisse für Auslandsinvestitionen in der Ukraine (Europäischer Rechnungshof, 2021). Diese Ursachen müssten zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in den Bereichen der institutionellen Stabilität, demokratischer und rechtsstaatlicher Ordnung sowie einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und letztendlich für einen erfolgreichen Beitritt zur Europäischen Union weiter bekämpft werden.

6 Abschließende Einschätzung zur Erweiterung der EU um die Ukraine

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Ukraine ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt als die letzten drei EU-Beitrittsländer aufweist und die Differenz zum Durchschnitt der EU am aktuellen Rand immer größer wird. Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wird die Ukraine in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weiter zurückgeworfen. Bemerkenswert ist die Entwicklung des IT-Sektors in der Ukraine sowie das hohe Erwerbspersonenpotential und der überdurchschnittliche Bildungsstand der jungen Bevölkerung in der Ukraine, welcher eine Integration auf dem EU-Arbeitsmarkt erleichtern würde. Bei anderen Indikatoren, wie Arbeitslosigkeit, Bruttowertschöpfung der Industrie und Exporte nach Deutschland war die Ukraine im Vergleich zu den letzten drei EU-Beitrittsländern Anfang dieses Jahrhunderts gleich auf oder sogar bessergestellt, während die Indikatoren oft nach 2015 eine deutliche Verschlechterung aufweisen. Insgesamt hätte die Ukraine Anfang der 2000er verglichen mit den letzten drei EU-Beitrittsländern hinsichtlich der hier analysierten wirtschaftlichen Indikatoren wohlmöglich eine realistische Chance gehabt, mit umfangreichen Reformen die Kriterien als EU-Beitrittskandidat zu erfüllen. Um eine Mitgliedschaft der EU zusammen mit Bulgarien und Rumänien anzustreben, hätte die Ukraine jedoch wahrscheinlich mit diesen Ländern zusammen bereits 1995 ein Beitrittsgesuch anstreben müssen. Zu der Zeit jedoch war die politische und wirtschaftliche Transformation des Landes noch am Anfang und die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine entwickelten sich anfangs nur langsam (Wolczuk, 2003).

Einen großen Aufholbedarf hat die Ukraine in jedem Fall im Bereich der wirtschaftlichen Transformation und Bekämpfung der Korruption, was vermutlich neben der Krim-Annexion und der Besetzung der Separatistengebieten in der Ostukraine eine Ursache für die weniger positive Entwicklung der Ukraine in den letzten Jahren gewesen ist. Bei einer Annäherung der Ukraine an die EU führt kein Weg an der Bekämpfung von Korruption vorbei, wie auch der Europäische Rechnungshof betont (Europäischer Rechnungshof, 2021). Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass zum EU-Beitritt neben den wirtschaftlichen Kriterien, die hier nur rudimentär durch die aufgezeigten Indikatoren abgebildet werden können, weitere rechtliche und politische Kriterien, wie z.B. die institutionelle Stabilität, gehören (siehe Kapitel 2).

Generell hat eine EU-Erweiterung viele positive Konsequenzen aufgezeigt, wie z.B. eine Verdreifachung des Handels zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten und eine Verfünffachung des Handels unter den neuen Mitgliedstaaten (Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022a). Durch eine Aufnahme von weiteren Mitgliedstaaten erhalte die EU darüber hinaus ein stärkeres Gewicht im Weltgeschehen. Insgesamt gestaltet sich eine erneute Erweiterung der EU jedoch schwierig und bringt mit einem möglichen Beitrittskandidaten, welcher sich im Krieg befindet, weitere Komplikationen mit sich. Würde die Ukraine in die EU aufgenommen, würde sich ein EU-Mitglied im Krieg mit Russland befinden. Hierbei wäre die Auslegung des Artikels 42 (7)

EUV zur Gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit ein entscheidender Faktor. Es bestünde keine zwingende Rechtsverpflichtung, wohl aber zumindest ein moralischer Anspruch der (militärischen) gegenseitigen Hilfe bei dem vorherrschenden Angriffskriegs Russlands.

Das Kontrollverfahren, in dem sich Bulgarien und Rumänien trotz der fünfzehnjährigen Mitgliedschaft in der EU noch befinden, sowie Verfahren aufgrund von Rechtsstaatsverstößen gegen Ungarn sowie Streitigkeiten der EU mit Polen in diesem Bereich zeigen, dass die bisherige Erweiterung der EU nicht problemlos verlaufen ist. Eine schnelle Aufnahme der Ukraine in die EU - vorbei an den bereits bestehenden und potenziellen Beitrittskandidaten - wie z.B. Albanien, Montenegro und Serbien - scheint vor dem Hintergrund einer Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten zur EU-Aufnahme äußerst fraglich. In diesem Fall wäre überdies mit geostrategischen Verwerfungen zu rechnen.

Im Zuge der Debatte um die Aufnahme der Ukraine in die EU mag auch die Diskussion um die Strategie der EU hinsichtlich einer Erweiterung oder einer Vertiefung wieder verstärkt aufflammen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron forderte schon 2019, man solle die EU zuerst reformieren, bevor man neue Mitglieder aufnehme (Lippert, 2019). Außerdem wird bei einer Aufnahme eines Beitrittskandidaten in die EU oft dem Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU nicht genug Beachtung geschenkt. Dieses müsse jedoch für eine stabile Europäische Union ebenfalls gewährleistet sein.

Die Erfüllung der *acquis communautaire* stellt die bisherigen Mitglieder vor eine Herausforderung, wie es vor allem im Fall von Bulgarien und Rumänien zu sehen ist. Mit Blick auf die schwache Wirtschaftsleistung und die Korruptionsproblematik würde die derzeitige Erfüllung der EU-Beitrittskriterien die Ukraine ebenfalls vor große Schwierigkeiten stellen. Unabhängig von politischen Motiven könnte daher eine starke wirtschaftliche und politische Kooperation auf allen Ebenen zwischen der EU und der Ukraine aktuell gewinnbringender sein als eine schnelle Aufnahme der Ukraine in die EU.

7 Abstract

The European Commission is currently evaluating Ukraine's application for an EU-membership. A fast-track procedure for Ukraine's admission to the EU is discussed recently. The last EU enlargements regarding Bulgaria and Romania in 2007 and Croatia in 2013 were critically assessed and ended in a still ongoing control procedure for Romania and Bulgaria. Irrespectively of the current political motives for Ukraine's admission to the EU, Ukraine's application to join the EU is taken as an opportunity to analyse Ukraine's economic development in comparison to the last three EU member states. Therefore, a descriptive analysis of selected economic indicators of Ukraine is provided and compared with the development of the last three EU member states.

Ukraine's gross domestic product shows a large gap compared to the last three accession countries. However, the development of the country's IT sector is striking, as is the large share of the labor force and the high level of education among 30-34 year-olds. In the areas of unemployment, gross value added of the industry and foreign trade, Ukraine was on par with or even better off than the last three EU accession countries in the early 2000s. However, following the annexation of Crimea and the proclamation of the "people's republics" in eastern Ukraine in 2014, many indicators deteriorated considerably from 2015 onwards. The major problem of corruption in Ukraine could be another reason for Ukraine's less positive development compared with the other South and Eastern European countries. In a corruption ranking, Ukraine lags far behind other European member states. Thus, there is a considerable pent-up demand in the area of fighting corruption for Ukraine.

The heads of the states and governments of the EU member states hold very different opinions overall on the EU enlargement and on Ukraine's immediate admission to the EU. The strict accession criteria pose a challenge not only to the other candidates for EU membership but also, as shown in the case of Bulgaria and Romania, to existing EU member states. Therefore, very close economic and political cooperation between the EU and Ukraine at all levels may currently be more profitable than Ukraine's immediate admission to the EU.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 5-1: Übersicht zur Ländergröße und Bevölkerungszahl.....	9
Tabelle 5-2: Übersicht zur Transformation und Korruption.....	18

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 5-1: Entwicklung des Bruttoinlandprodukts pro Kopf.....	10
Abbildung 5-2: Entwicklung des Industriesektors	11
Abbildung 5-3: Entwicklung der Exporte nach Deutschland	13
Abbildung 5-4: Entwicklung der Staatsverschuldung	14
Abbildung 5-5: Erwerbspersonenpotential	15
Abbildung 5-6: Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	16
Abbildung 5-7: Bildungsstand.....	17

Literaturverzeichnis

Aka, Constanze / Stein, Martin, 2021, Ukraine, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2021, Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 367–368

Aka, Constanze / Stein, Martin, 2020, Ukraine, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 409–411

Albrecht, Fabian, 2022, Besuch in Kiew: Ursula von der Leyen macht Ukraine Hoffnung auf schnellen EU-Beitritt, in: ZEIT ONLINE, 08.04.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/eu-delegation-kiew-ukraine-beitritt> [29.4.2022]

Åslund, Anders, 2018, Die ökonomischen Kosten der fortbestehenden russischen Aggression gegen die Ukraine, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, Band 2, Heft 4, S. 352–365

Auswärtiges Amt, 2021, Phasen des Erweiterungsprozesses, [Phasen des Erweiterungsprozesses - Auswärtiges Amt \(auswaertiges-amt.de\)](https://www.auswaertiges-amt.de) [13.05.2022]

Benz, Matthias, 2017, Die Ukraine obsiegt im Gasstreit gegen Russland, in: Neue Züricher Zeitung, 31.05.2017, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/schiedsspruch-aus-stockholm-die-ukraine-obsiegt-im-gasstreit-gegen-russland-ld.1298670> [20.4.2022]

Bertelsmann Transformationsindex, 2022, Wirtschaftliche Transformation, <https://bti-project.org/de/index/wirtschaftliche-transformation> [21.4.2022]

Betliy, Oleksandra, 2016, The Minimum Salary Raise in Ukraine: Why so Suddenly and at What Cost for the Economy?, <https://voxukraine.org/en/minimal-wage-en/> [10.5.2022]

Bevington, Matt, 2020, How new member states join the EU: all you need to know - UK in a changing Europe. Economic and Social Research Council, <https://ukandeu.ac.uk/explainers/how-new-member-states-join-the-eu-all-you-need-to-know/#:%7E:text=On%20average%2C%20it%20takes%20just,to%20see%20the%20process%20through.> [19.04.2022]

Boyarchuk, Dmytro / Betliy, Oleksandra / Orlova, Irina, 2011, Public Expenditures on Education and Health in Ukraine before and during the Global Crisis, CASE-Center for Social and Economic Research on behalf of CASE Network (Hrsg.), Warschau

BQ-Portal, 2020, Anerkennung nach Ländern 2020, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, <https://www.bq-portal.de/anerkennung-nach-laendern-2020> [10.05.2022]

BQ-Portal, 2021, Ukraine, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, <https://www.bq-portal.de/db/L%C3%A4nder-und-Berufsprofile/ukraine> [29.04.2022]

Brücker, Herbert, 2022, Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen, <https://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/K220323P2T> [10.05.2022]

Brücker, Herbert / Großner, Laura / Hauptmann, Andreas / Jaschke, Philipp / Kassam, Kamal / Kosyakova, Yuliya / Stepanok, Ignat, 2022, IAB-Forschungsbericht. Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2022/fb0222.pdf> [10.05.2022]

Busch, Berthold, 2021, Die mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU, Entwicklung, Sachstand und Probleme, IW-Analysen, Nr.144, Köln

CIA, 2022, The World Factbook – Ukraine, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/ukraine/> [19.04.2022]

Deutscher Akademischer Austauschdienst, 2017, Ukraine: Daten & Analysen zum Hochschul- und Wissenschaftsstandort | 2017 (DAAD-Bildungssystemanalyse), https://www2.daad.de/medien/der-daad/analysen-studien/bildungssystemanalyse/ukraine_daad_bsa.pdf [29.04.2022]

EU Neighbours East, 2020, Annual Survey Report: Regional Overview; 5th Wave (Spring 2020), https://www.euneighbours.eu/sites/default/files/publications/2020-06/EUNEIGHBOURS_east_AS2020report_EaP_OVERVIEW.pdf [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2006, Monitoring report on the state of preparedness for EU membership of Bulgaria and Romania, COM(2006) 549 final, Brüssel

Europäische Kommission, 2019, Bericht über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/progress-report-bulgaria-2019-com-2019-498_de.pdf [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2020a, Joint Staff Working Document - Association Implementation Report on Ukraine, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/2020_ukraine_association_implementation_report_final.pdf [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2020b, Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/system/files/2020-02/enlargement-methodology_de.pdf [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2021, Report on Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/progress_report_romania_com2021_370_fina.pdf [10.5.2022]

Europäische Kommission, 2022a, EU spending and revenue , [EU spending and revenue | European Commission \(europa.eu\)](#) [29.04.2022]

Europäische Kommission, 2022b, European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/european-neighbourhood-policy/countries-region/ukraine_en [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2022c, European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations Turkey, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/enlargement-policy/negotiations-status/turkey_en [10.5.2022]

Europäische Kommission, 2022d, Factsheet - EU solidarity with Ukrain, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_22_650 [10.5.2022]

Europäische Kommission, 2022e, Kooperations- und Kontrollverfahren für Bulgarien und Rumänien, https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/assistance-bulgaria-and-romania-under-cvm/cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania_de [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2022f, Macro-Financial Assistance (MFA) to non-EU partner countries, <https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/international-economic-relations/macro-financial-assistance-mfa-non-eu-partner-countries> [19.04.2022]

Europäische Kommission, 2022g, EU zahlt sofortige Makrofinanzhilfe in Höhe von 300 Mio. EUR an die Ukraine aus, [Ukraine: EU zahlt 300 Mio. EUR an Soforthilfe aus \(europa.eu\)](#) [11.05.2022]

Europäische Kommission, 2022h, Ukraine: 500 Mio. zusätzlich für militärische Ausrüstung, [Ukraine: 500 Mio. zusätzlich für militärische Ausrüstung \(europa.eu\)](#), [13.05.2022]

Europäischer Rat, 2022, EUR-Lex - accession_criteria_copenhagen - DE - EUR-Lex, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM:accession_criteria_copenhagen [10.5.2022]

Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022a, Erweiterung der EU, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/enlargement/> [21.04.2022]

Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022b, Facts and Figures about EU-Ukraine Relations, <https://www.consilium.europa.eu/media/44402/685-annex-5-f-ukraine-factsheet.pdf> [19.4.2022]

Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union, 2022c, Beziehungen EU-Ukraine, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eastern-partnership/ukraine/> [19.4.2022]

Europäischer Rechnungshof, 2021, Bekämpfung der Großkorruption in der Ukraine: mehrere EU-Initiativen, jedoch nach wie vor unzureichende Ergebnisse, Sonderbericht, 23/2021, <https://www.eca.europa.eu/DE/Pages/DocItem.aspx?did=59383> [10.5.2022]

Europäisches Parlament, 2022a, Die Erweiterung der Europäischen Union, <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/167/die-erweiterung-der-europaischen-union> [19.4.2022]

Europäisches Parlament, 2022b, Die Gemeinsame Agrarpolitik in Zahlen, <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/104/the-common-agricultural-policy-in-figures> [29.4.2022]

Europäisches Parlament, 2022c, Erweiterung der Europäischen Union, <https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europ%C3%A4isches-parlament/erweiterung> [19.4.2022]

Europäisches Parlament, 2022d, European Parliament resolution of 1 March 2022 on the Russian aggression against Ukraine, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0052_EN.html [10.5.2022]

Europäisches Parlament, 2022e, Russia's war on Ukraine: The EU's financing of military assistance to Ukraine, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729301/EPRS_ATA\(2022\)729301_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729301/EPRS_ATA(2022)729301_EN.pdf) [19.4.2022]

Europäische Union, 2022, Beitritt zur EU, https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/joining-eu_de [19.4.2022]

Eurostat, 2022, 30- bis 34-Jährige mit einem Hochschulabschluss oder einem gleichwertigen Bildungsabschluss, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ENPE_EDAT_LFSE_03_custom_915004/default/table [21.4.2022]

Fedosenko, Vasily / Garanich, Gleb / Gouliamaki, Louisa / Hoffman, Brendan / Kitwood, Dan / Lukatsky, Efrem / Maddalena, Sandro / Supinski, Sergei, 2018, Euromaidan: Bilder eines Aufstands, in: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-konflikt-euromaidan-bilder-eines-aufstands-1.4218991> [19.04.2022]

Fella, Stefano, 2022, The EU response to the Russian invasion of Ukraine, <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-9503/> [19.04.2022]

Fischer, Sabine, 2019, Der Donbas-Konflikt, SWP-Studie 3/2019, <https://www.swp-berlin.org/publikation/donbas-konflikt-schwieriger-friedensprozess> [10.5.2022]

Food and Agriculture Organization of the United Nations (UN), 2022, The importance of Ukraine and the Russian Federation for global agricultural markets and the risks associated with the current conflict, <https://www.fao.org/3/cb9013en/cb9013en.pdf> [29.04.2022]

Ford, Lucas, 2020, Understanding Ukraine's Decentralisation Reform, <https://voxukraine.org/en/understanding-ukraine-s-decentralisation-reform/> [10.05.2022]

Friesen, Oleg, 2015, Analyse: Die Rumänen und Ungarn der Ukraine – stille Minderheiten?, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/214890/analyse-die-rumaenen-und-ungarn-der-ukraine-stille-minderheiten/> [10.5.2022]

Geißler, Thorsten, 2013, Rechtsstaatliche Probleme bei der EU-Erweiterung: Erfahrungen aus dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens – 10 Thesen zu künftigen Erweiterungen, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jahrgang 46, Heft 7, S. 205–209, <https://www.jstor.org/stable/24771010>

German Advisory Group, 2014, Deepening of the recession due to the situation in Eastern Ukraine, Newsletter, Issue No.72, http://www.beratergruppe-ukraine.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/06/Newsletter_72_2014_German-Advisory-Group.pdf [10.5.2022]

GTAI - Germany Trade & Invest, 2021, Wirtschaftsdaten Kompakt – Ukraine, https://www.gtai.de/resource/blob/16006/f6485fb3e71528376f81869ab0ab4cf8/GTAI-Wirtschaftsdaten_November_2021_Ukraine.pdf [10.5.2022]

GTSOUA, 2021, Gas Transmission System Operator of Ukrain, 8.9.2021, [Ukraine imported about 567 million cubic meters of gas from EU in August - Transmission System Operator of Ukraine \(tsoua.com\)](https://www.tsoua.com) [11.05.2022]

Gutschker, Thomas, 2022, Zeichen der Unterstützung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, <https://zeitung.faz.net/faz/politik/2022-04-09/zeichen-der-unterstuetzung/746447.html> [19.04.2022]

Hans-Böckler-Institut, 2022, Mindestlöhne in Europa, https://www.boeckler.de/pdf/ta_mldb_karte_de.pdf [21.4.2022]

International Monetary Fund, 2022a, General government gross debt (Percent of GDP), Bulgaria, Croatia, Romania, Ukraine, https://www.imf.org/external/datamapper/GGXWDG_NGDP@WEO/BGR/UKR/ROU/HRV [21.4.2022]

International Monetary Fund (IMF), 2022b, Regional economic outlook. Europe : war sets back the European recovery, <https://www.imf.org/en/Publications/REO/EU/Issues/2022/04/20/regional-economic-outlook-for-europe-april-2022> [29.04.2022]

Kušić, Siniša, 2013, Kroatiens Weg in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158164/kroatiens-weg-in-die-eu/> [19.4.2022]

Länderanalysen, 2021, Ukraine-Analysen, Ausgabe 248, <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/248/kennzahlen-zur-steuerpolitik/> [10.5.2022]

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LPB), 2021, Außenpolitik Kroatien, <https://osteuropa.lpb-bw.de/kroatien-aussenpolitik> [19.4.2022]

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LPB), 2022a, Die Beziehungen der Ukraine zur EU und zur NATO, <https://www.lpb-bw.de/ukraine-eu-nato> [10.5.2022]

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LPB), 2022b, Wirtschaft in der Ukraine, <https://osteuropa.lpb-bw.de/ukraine-wirtschaft0> [19.4.2022]

Lippert, Barbara, 2019, Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2019, Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 398–401

Lippert, Barbara, 2020, Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2019, Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 439–449

Lippert, Barbara, 2021, Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2021, Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 423–432

Lippert, Barbara, 2022a, Aufnahmefähigkeit, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176688/aufnahmefaehigkeit/> [19.04.2022]

Lippert, Barbara, 2022b, Beitrittsgesuch der Ukraine setzt EU unter Druck, <https://www.swp-berlin.org/publikation/beitrittsgesuch-der-ukraine-setzt-eu-unter-druck> [10.5.2022]

Ministry of Economy of Ukraine, 2022, Labour Market Development, <https://me.gov.ua/old/Documents/Print?lang=en-GB&id=3970cb87-1b13-4f12-9ab8-50bfbfd6970e> [21.04.2022]

Ministry of Finance Ukraine, 2022, In 2024, the minimum wage will grow up to UAH 7,665, <https://www.kmu.gov.ua/en/news/minfin-u-2024-roci-minimalna-zarobitna-plata-zroste-do-7665-griven> [10.5.2022]

OECD, 2018, Programme for International Student Assessment (PISA) - Results from PISA 2018, https://www.oecd.org/pisa/publications/PISA2018_CN_UKR.pdf [10.5.2022]

OECD, 2021, OECD Review of OECD Review of the Corporate Governance of State-Owned Enterprises: Ukraine, <https://www.oecd.org/corporate/SOE-Review-Ukraine.pdf> [10.5.2022]

OECD, 2022, OECD Skills Surveys, <https://pisadataexplorer.oecd.org/ide/idepisa/> [10.5.2022]

Official website of Ukraine, 2021, Leading IT destination, <https://ukraine.ua/invest-trade/it-ukraine/> [20.04.2022]

State Statistics Service of Ukraine, 2022a, Average monthly wages of regular employees by region (1995-2019), http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2006/gdn/prc_rik/prc_rik_e/dszpR_e.htm [10.5.2022]

State Statistics Service of Ukraine, 2022b, Social and Economic Development of Ukraine 2021

Transparency International, 2021, CPI - Korruptionswahrnehmungsindex 2021, <https://www.transparency.de/cpi/> [21.04.2022]

UN Comtrade, 2022, Trade flows, <https://comtrade.un.org/Data/> [21.04.2022]

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang, 2021, Jahrbuch der Europäischen Integration 2021, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Weltbank, 2022a, Russian Invasion to Shrink Ukraine Economy by 45 Percent this Year, <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2022/04/10/russian-invasion-to-shrink-ukraine-economy-by-45-percent-this-year> [29.04.2022]

Weltbank, 2022b, World development Indicators, <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators> [21.04.2022]

Wilson, Andrew, 2016, Survival of the richest: How oligarchs block reform in Ukraine, European Council on Foreign Relations, https://ecfr.eu/publication/survival_of_the_richest_how_oligarchs_block_reform_in_ukraine6091/ [10.5.2022]

WITS - World Integrated Trade Solution, 2022, Ukraine Trade Summary 2018, <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/UKR/Year/2018/SummaryText> [21.04.2022]

Wolczuk, 2003, Ukraine's policy towards the European Union: a case of 'declarative Europeanization', [Microsoft Word - ukraine_eu_policy.doc \(batory.org.pl\)](https://www.batory.org.pl/microsoft-word-ukraine-eu-policy.doc) [13.05.2022]